

# RS Vwgh 1992/2/26 90/12/0295

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 26.02.1992

## Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof  
40/01 Verwaltungsverfahren  
63/02 Gehaltsgesetz  
63/06 Dienstrechtsverfahren

## Norm

AVG §66 Abs4;  
AVG §68 Abs2;  
AVG §68 Abs4;  
DVG 1984 §13 Abs1;  
GehG 1956 §12 Abs1;  
VwGG §63 Abs1;

## Rechtssatz

Die belBeh war nach Aufhebung ihres eine Abänderung des rechtskräftigen Bescheides des Landesschulrates vornehmenden Bescheides durch den VwGH nicht auf Grund des § 13 Abs 1 DVG verpflichtet, bei Bejahung der Voraussetzungen dieser Bestimmung neuerlich mit einer Abänderung des genannten Bescheides vorzugehen; sie konnte sich vielmehr auch mit einer Aufhebung dieses Bescheides begnügen und es der zuständigen Behörde überlassen, den Vorrückungsstichtag neu festzusetzen. Darin liegt auch kein Verstoß gegen § 63 Abs 1 VwGG, weil der VwGH im Vorerkenntnis nicht ausgesprochen hat, die belBeh müsse im Falle der neuerlichen Gebrauchnahme von § 13 Abs 1 DVG im abändernden Sinn entscheiden.

## Schlagworte

Inhalt der Berufungsentscheidung Kassation Zulässigkeit und Voraussetzungen der Handhabung des AVG §68 Bindung an diese Voraussetzungen Umfang der Befugnisse

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1992:1990120295.X01

## Im RIS seit

13.12.2001

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)